



**Michael Schrodi**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Schrodi: „60 Prozent aus dem Sondervermögen sind für Bayerns Kommunen nicht genug!“

Olching, 25.09.2025

**Michael Schrodi, MdB**  
Ilzweg 1  
82140 Olching  
Telefon: +49 8142 501 0589  
michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Paul-Löbe-Haus  
Raum: 7.332  
Telefon: +49 30 227-77541  
michael.schrodi@bundestag.de

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister der Finanzen

**Anfang der Woche hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder mitgeteilt, lediglich 60 Prozent des Sondervermögens für die Länder und Kommunen an Städte und Gemeinden weiterzugeben. „Das ist zu wenig“, sagt dazu Michael Schrodi, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und SPD-Abgeordnete aus dem Wahlkreis Fürstentfeldbruck-Dachau. Erst vergangene Woche hatte die BayernSPD darauf gepocht, 70 Prozent der zu erwartenden 15 Milliarden Euro an die Kommunen weiterzugeben – weil diese Kommunen 70 Prozent der öffentlichen Investitionen schultern. „Hier geht es um einen Unterschied von über 1,5 Milliarden Euro“, betont Schrodi.**

Der SPD-Finanzpolitiker hatte das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität mit auf den Weg gebracht und sich seit Jahren für ein Investitionsvolumen in dreistelliger Milliardenhöhe eingesetzt. Für die angemessene Verteilung der Gelder in Bayern verweist er auch auf dieselbe Forderung des Landkreistags, dessen Vorsitzender der Fürstentfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin (CSU) ist.

Vor zwei Wochen wurde das Gesetz der Bundesregierung zur Verteilung der 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen (Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG) in den Bundestag eingebracht. Das Geld wird über einen Zeitraum von zwölf Jahren fließen. Auf Wunsch der Bayerischen Staatsregierung war eine Mindestweitergabe der Gelder an die Städte und Gemeinden aus dem Gesetz gestrichen worden.

Staatssekretär Schrodi, auch für die Bund-Länder-Finanzbeziehungen zuständig, hatte hierzu schon vergangene Woche erklärt: „Andere Bundesländer machen es vor. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben die Landesregierungen sich längst mit den Kommunen auf einen verbindlichen Satz geeinigt und teilweise noch eigene Mittel



draufgelegt. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort von den Investitionen in die Schulen und Kindergärten, in Straße und Schiene, in die Krankenhäuser und die Digitalisierung profitieren. Gerade im reichen Bayern muss deshalb der ganz überwiegende Anteil am Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität an die Kommunen gehen.“

Die bayerische SPD hatte stets eine „Kommunalmilliarde“ gefordert, wonach sogar 76 Prozent des Geldes auf die Kommunen entfallen sollten. Bei einem Anteil von 70 Prozent würden über die zwölf Jahre hinweg beispielsweise eine 10 000-Einwohner-Gemeinde rund 8,3 Millionen Euro erhalten.